



MORSBACH

Morsbacher Rundblick

Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Neues aus Rat und Verwaltung!

Thema Neubaugebiete und unsere Ablehnung zum Baugebiet „Nürsche“ in Lichtenberg

In Morsbach werden momentan vollerschlossenen Grundstücke für einen Preis von 55,- € pro qm² angeboten. (siehe www.morsbach.de)

- Nach jetzigen Berechnungen würde ein Grundstück im Baugebiet Nürsche deutlich mehr als 55 €/qm² kosten. Die Gesamterschließungskosten für das neue Baugebiet sind erheblich höher als an alternativen Standorten.
- Diese hochpreisigen Bauplätze in Lichtenberg verkauft zu bekommen ist stark risikobehaftet.
- Dabei gibt es auch in anderen Ortsteilen unserer Gemeinde Nachfragen nach Bauland.
- Die SPD fordert in ihrem Antrag zur Ratssitzung am 5. Februar alternative Wohnbaustandorte in Lichtenberg und Morsbach auszuweisen, mit dem Ziel erschwingliche Baugrundstücke anbieten zu können.
- Die SPD Fraktion befürwortet, „kleine“ Neubaugebiete mit einer geringeren Anzahl an Bauplätzen zu erschließen, um auch das finanzielle Risiko zu mindern.

In der SPD kann jeder mitentscheiden

Oft wird –gerade bei jungen Leuten- mangelndes politisches Interesse und Engagement unterstellt. Viele Untersuchungen haben jedoch das Gegenteil festgestellt. Allerdings wird häufig eine zu geringe Einflussmöglichkeit beklagt. Genau hier, an diesem Punkt, unterscheidet sich die SPD fundamental von anderen politischen Parteien. Jede Meinung zählt. Die durchgeführte Befragung der gesamten Parteibasis zur Bildung der Großen Koalition oder die Abstimmung über den Landtagskandidaten bei der Wahl im Mai 2017 hat das eindrucksvoll bewiesen. Eine solche Basisdemokratie ist in anderen Parteien eher selten. Darüber sollte man gründlich nachdenken, wenn man sich politisch engagieren möchte. Bei der SPD wird jeder gehört, und jeder kann mitreden.

Die SPD Morsbach im Austausch mit der heimischen Wirtschaft

Man muss miteinander sprechen, um die Meinung und den Standpunkt des Anderen zu verstehen. Deshalb sucht die SPD Fraktion den Kontakt zu der heimischen Wirtschaft. Kürzlich empfing die Firmenleitung der Firma SÄBU, Stefan Klein, Dirk Rosenbauer und Matthias Klein, etliche SPD Ratsmitglieder, denen sich auch Bürgermeister Jörg Bukowski angeschlossen hatte. Im Besprechungsraum des beeindruckenden Verwaltungsgebäudes – natürlich in Modulbauweise – stellte Herr Rosenbauer die Firma SÄBU vor. Dabei erläuterte er kurz die Historie, die Produktpalette, Unternehmenssparten und die Unternehmensphilosophie. Bereitwillig und sehr offen beantwortete Herr Stefan Klein die interessierten Fragen der Besucher zu Standorten, Arbeits- und Personalpolitik, z.B. Fachkräftemangel, u.a. zum Thema Leiharbeit, fehlender Breitbandanbindung, überbordender Bürokratie, z.B. bei Bauvorhaben oder Verkehrsgenehmigungen zum Transport der Module. Diskutiert wurde über eine Verkrustung des Arbeitsrechtes und den heute zumeist unterschätzten Wert der handwerklichen Leistung. Die bestehende Konkurrenzsituation zu in der Nachbarschaft bestehenden Mitbewerbern wurde ebenfalls angesprochen.

Bei der sich anschließenden Werksbesichtigung staunten die Besucher in der jüngst errichteten Halle über die Vielfalt im Modulbau, die vom Standardcontainer bis zur aufwendigen Tankstelle und Krankenhauseinrichtung reicht, auch von Sonderanfertigungen für besondere Einsatzmöglichkeiten. Die neuen Büros für die Arbeitsvorbereitung und Konstruktion sowie der neue Sozialbereich beeindruckten zusätzlich. Die Besichtigung der Blechverarbeitung und der modernen Schweißroboter wurde aufgrund der fortgeschrittenen Zeit einem nächsten Besuch vorbehalten.

Mehr Informationen erhalten Sie auf
www.spd-morsbach.de

Der Weg zur neuen Regierung

Zur Erinnerung:

- Die SPD hat im September 2017 ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl erzielt.
- Die SPD hat deshalb aus guten Gründen zum damaligen Zeitpunkt den Weg in die Opposition gewählt.
- Die FDP hat nach fast 5 Wochen Verhandlungen die Koalitionsgespräche scheitern lassen, u.a. wegen der mangelnden Verhandlungsführung von Kanzlerin Merkel.

Jetzt ist durch Mitgliederentscheid entschieden:

Die Koalition steht: Wir arbeiten für unser Land!

Die SPD Mitglieder haben sich mehrheitlich entschieden, mit der Union eine neue Koalitionsregierung zu bilden. Damit erfüllt sich der Wunsch vieler Menschen in unserem Land. Wie lange aber wird der Burgfrieden halten? Skepsis ist angebracht. Nicht, weil der unterlegene Teil der SPD Mitglieder gegen diese basisdemokratische Entscheidung rebelliert? Nein! Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von der neuen Regierung, dass sie Antworten auf die Zukunftsfragen gibt (z.B. Rente, Gesundheitsversorgung, Digitalisierung etc.) und endlich die bestehenden Probleme (z.B. Migration/Integration, Bildung, Verkehr, Energiepolitik usw.) löst. Da bestehen Zweifel. Die SPD Regierungsvertreter werden jedenfalls alles dafür tun – auch mit der Unterstützung der Kritiker in den eigenen Reihen – die vereinbarte Überprüfung des Koalitionsvertrages Mitte der Legislaturperiode zu bestehen.

Schlagzeilen aus Düsseldorf von der neuen Landesregierung

- NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU) hat im Rechtsausschuss die Beantwortung der Fragen der Ausschussmitglieder verweigert. Nachdem die Mitte-Rechts-Koalition mit dem Schreckensbild von rechtsfreien Räumen in NRW' zunächst mit der Angst der Bürger gespielt hat, scheint das Interesse an dem Thema nunmehr erloschen. Auch auf wiederholte Nachfrage wollte der Minister nicht erklären, an welchen Orten es Verbesserungen im Hinblick auf vermeintliche rechtsfreie Räume zu erwarten sind. Erst mit der Angst der Bürger Wahlkampf zu machen und diese dann alleine zu lassen ist schäbig.
- Die neue Landesregierung Laschet hatte Bürokratieabbau versprochen. Stattdessen: Seit Juni 2017 wurden 542 neue Stellen in der Ministerialverwaltung geschaffen.



Ein weiterer Wortbruch!

Die Schattenseiten der Digitalisierung

Umfassende Digitalisierung ist unumgänglich, birgt aber auch Gefahren. Kids, die nachts nicht schlafen können, weil sie Angst haben, die neueste WhatsApp-Nachricht zu verpassen.

Digitale Demenz. Da sich die Menschen mehr auf die Informationssuche als auf das Erinnern verlassen, entwickelt sich die Gehirnfunktion des Suchens, während sich die Gedächtniskapazität vermindert.

Bisher verschließt die Bundesregierung die Augen davor, dass die Gewinne der Digitalisierung sehr ungleich verteilt sein werden und dass der technologische Fortschritt im schlimmsten Falle für sehr hohe Arbeitslosigkeit sorgen wird, z.B. Uber macht Taxifahrern Konkurrenz, Reisende schlafen statt im Hotel in der Privatwohnung, die sie auf AirBnB gefunden haben, und Zahnkronen werden in einigen Laboren bereits von 3-D-Druckern gefertigt und nicht mehr von Zahntechnikern. Der durch die Digitalökonomie ausgelöste Strukturwandel wird den Sozialstaat erheblich fordern. Der Sozialstaat wird diejenigen auffangen müssen, die wegen der technologischen Veränderungen ihren Job verlieren. In diesen Fällen ist es fraglich, ob diese Menschen durch Aus- und Weiterbildungen wieder fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden können. Wenn beispielsweise 80 Prozent der Menschen nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen, brauchen wir neue Arbeitszeitmodelle und neue Sozialmodelle.

Nachruf zum Tod von Albert Stulz

Ein großer Morsbacher Bürger und Industrieller ist von uns gegangen. Ein Mensch, der sich mit vorbildlichem Engagement, ausgeprägtem Verantwortungsgefühl und starker menschlicher Ausstrahlung innerhalb und außerhalb seines Unternehmens bleibendes Ansehen erworben hat. Die Gemeinde Morsbach hat ihm viel zu verdanken. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



FROHE OSTERN